

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

---

22. September 1951

Blatt 1710

## Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien nunmehr Landesgesetz =====

22. September (Rath.Korr.) Als letzter Punkt der Tagesordnung wurde gestern im Wiener Landtag die Gesetzesvorlage über das Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien behandelt. Der Anlaß zu dieser Vorlage, die von Stadtrat Fritsch referiert wurde, war die Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 30. Juli 1951, der die Dienstordnung nicht aus inhaltlichen sondern aus formalen Gründen aufhob. Sein Verlangen ging lediglich dahin, daß die seinerzeit vom Gemeinderat beschlossene Dienstordnung in ein Landesgesetz verwandelt wird. Die Debatte über diesen letzten Punkt der Tagesordnung hatte schon in den frühen Abendstunden begonnen. Der Abgeordnete des Linksblockes, Dr. Altmann, ging in einer mehrstündigen Rede auf die einzelnen Paragraphen des 112 Seiten starken Gesetzentwurfes ein und stellte dazu 67 Abänderungs- und Zusatzanträge. Nach ihm sprachen die Abgeordneten Dr. Freytag (ÖVP) und Pölzer (SPÖ). Die Sitzung dauerte bis 1 Uhr nachts.

Wie Stadtrat Fritsch in seinem Referat ausführte, ist in der Vorlage nur die Regelung der vorläufigen Versorgung bei Abgängigkeit neu. Die Bestimmung über die Errichtung der Personalvertretung wird nicht in Kraft gesetzt, weil eine bundesgesetzliche Regelung abgewartet werden muß. Trotzdem soll der Beamtenschaft das Mitspracherecht gewahrt bleiben. Die gewählten Gewerkschaftsvertreter nehmen dieses Recht für Bedienstete wahr.

### Die Debatte

Abg. Doppler (WdU) erklärt die Dienstordnung in vielen Punkten für nicht mehr zeitgemäß. Er erinnerte an einen Antrag seiner Fraktion auf Aufhebung des § 49. - Die Waisenversorgung soll auch den leiblichen Kindern einer Beamtin zugutekommen. - Er bringt verschiedene Beispiele, um zu beweisen, daß die Beam-

ten der Stadt Wien gegenüber den Bundesbeamten in mancher Hinsicht benachteiligt sind. Eine gründliche Novellierung der Dienstordnung sei nicht mehr zu umgehen. Er forderte daher in einem Antrag die Vorlage eines neuen Entwurfes bis zum 30. Juni 1952.

Abgeordneter Dr. Altmann (LBl.) unterstrich die Wichtigkeit des Dienstrechtes und ging dann auf die einzelnen Abschnitte und Entwürfe ein. Er wendet sich gegen die sechsjährige Probefristzeit und verlangt die Einführung eines zweijährigen Provisoriums und die Herabsetzung der Altersgrenze von 26 auf 22 Jahre als Voraussetzung des Definitivums. Er verlangt weiter die Anwendung gewisser privatwirtschaftlicher Verhältnisse auch bei Gemeindebediensteten. Als Beispiel verweist er auf Dienst bei der Feuerwehr, der abwechselnd 24 Stunden Dienstzeit und 24 Stunden Freizeit beträgt. Derartiges gebe es in der Beamtenschaft nicht.

Bei den Stenographen, die schon seit 11 Uhr vormittag pausenlos arbeiteten, macht sich plötzlich eine Erschöpfung bemerkbar. Es tritt eine kurze Pause ein. Dr. Altmann stellt fest, daß er für die Zusammenstellung der Tagesordnung nicht verantwortlich gemacht werden kann. Den Zwischenruf "Das sieht Ihnen ähnlich!" beantwortet er gereizt mit "Dummkopf!" Landtagspräsident Marek, der um diese Zeit den Vorsitz führt, ermahnt Dr. Altmann.

Abg. Dr. Altmann verlangt u.a. Änderungen im § 44, der die Ansprüche der Auflösung des Dienstverhältnisses in besonderen Fällen regelt. Er tritt für die Gleichstellung der leiblichen Kinder von Beamtinnen bei der Waisenversorgung ein, kritisiert den Vorgang bei Kündigungen und beschäftigt sich im einzelnen mit dem Disziplinarverfahren. Für den Fall, daß seine Anträge abgelehnt werden, verlangt Redner eheste Novellierung der Dienstordnung. Er verlangt Gewährung eines Haushaltzuschusses von monatlich 20 S für alle, die einen Haushalt führen. In einer Novelle möge auch das Realeinkommen so erhöht werden, daß es dem im Jahre 1933 gleichkommt. Er fordert auch die Novellierung der Dienst- und Betriebsvorschrift für den Fahr-, Verkehrs-, Revision-, Werkstätten- und Bahnerhaltungsdienst der Verkehrsbetriebe.

Die Tatsache, daß das Personalvertretungsgesetz immer noch nicht erlassen sei, werfe ein bezeichnendes Licht auf die skandalösen Zustände in der Bundesgesetzgebung. Der Landtag möge die Erlassung dieses Gesetzes beim Bund fordern. Die Vorschriften des Verwaltungsverfahrensgesetzes mögen auch für die Dienst- und Gehaltsordnung entsprechend angewendet werden.

Abg. Dr. Freytag (ÖVP) kritisiert die Art der Ausführungen seines Vorredners. Die Länge einer Rede, so betont Dr. Freytag, sei kein Maßstab für das Interesse an einer Materie und für die Wichtigkeit der Ausführungen. Die Vorlage sei vor allem durch die Zeitnot gekennzeichnet. Die Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes ist erst Ende Juli eingelangt. Außerdem ist noch die Zustimmung der Bundesregierung und des Alliierten Rates einzuholen. Dies alles müsse bedacht werden. Er bat, jede Verzögerung zu vermeiden und gab im Namen seiner Partei der Vorlage die Zustimmung.

Abg. Pölzer (SPÖ) gab nach einer kurzen Polemik gegen Dr. Altmann und seine Fraktionskollegen der Meinung Ausdruck, daß die Vertreter des Linksblocks genau wissen, daß das Dienstrecht organisch gewachsen ist und nicht ohne weiteres geändert werden kann. In einer demokratischen Körperschaft wäre es aber Sitte, zu versuchen, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Abg. Pölzer bezeichnet das Dienstrecht für die Bediensteten der Stadt Wien als mustergültig. Es sei seine Überzeugung, daß die Beamten in den Volksdemokratien froh wären, wenn sie ein solches Dienstrecht hätten. (Starker Beifall.) Redner ersucht für den Antrag des Referenten zu stimmen.

Nach dem Schlußwort des Stadtrates Fritsch, der erklärt, daß ohne Verhandlung mit der Gewerkschaft den Anträgen nicht zugestimmt werden könne, wurden der Antrag Doppler (WdU) und die 67 Abänderungs- und Zusatzanträge des Abg. Dr. Altmann (LBl.) abgelehnt. Das Gesetz wurde gegen die Stimmen des WdU angenommen.

Zur Begründung einer dringlichen Anfrage betreffend die Erhöhung der Hauptmietzinse erteilt der Vorsitzende, Präsident Marek, dem Abg. Dr. Altmann das Wort. Dieser macht darauf aufmerksam, daß in nächster Zeit der Bundesrat, in dem die Vertreter der einzelnen Bundesländer sitzen, zu entscheiden hat, ob gegen das vom Parlament beschlossene Gesetz Einspruch zu erheben ist

oder nicht. Es sei wichtig, daß der Wiener Landtag zu dieser Frage Stellung nimmt.

Bei der Abstimmung wird dem Antrag die Dringlichkeit nicht zuerkannt. Die Antwort wird auf schriftlichem Wege erfolgen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Präsident Marek spricht den Stenographen den Dank für ihre vorbildliche Arbeit aus, die sie in fast 14stündiger Sitzung geleistet haben. Er dankt auch allen Beamten für die gute Vorbereitung der Beratung im Landtag. Um 1 Uhr nachts schließt Präsident Marek die Sitzung.

#### Hugo Gerard Ströhl zum Gedenken

=====

22. September (Rath.Korr.) Auf den 24. September fällt der 100. Geburtstag des Zeicheners, Buchillustrators und Heraldikers Hugo Gerard Ströhl.

In Wels geboren, besuchte er die Ingenieurschule, die Akademie der bildenden Künste und die Kunstgewerbeschule. Von 1876 bis 1898 wirkte er als Fachlehrer für kunstgewerbliches Zeichnen an gewerblichen Fortbildungsschulen. Ströhl illustrierte Wiener Witzblätter und betätigte sich außer in der angewandten Ornamentik auch auf den Gebieten der Buchillustration und besonders der Heraldik. Von ihm stammen u.a. ein heraldischer Atlas, heraldische Vorlagen für den Zeichenunterricht, die Österreichisch-Ungarische Wappenrolle, die Russisch-Asiatische Wappenrolle, Lombardische und Venetianische Städtewappen, ein Japanisches Wappenbuch, die Wappenrolle der Päpste, die Heraldik der katholischen Kirche. Der Künstler starb am 7. Februar 1919 in Mödling.

#### Hans Götzingen zum Gedenken

=====

22. September (Rath.Korr.) Auf den 25. September fällt der 10. Todestag des Wiener Porträt-, Stilleben- und Vedutenmalers Professor Hans Götzingen.

Am 12. Februar 1867 geboren, studierte er an der Kunstgewerbeschule und an der Akademie der bildenden Künste. Aquarellierte Platz- und Straßenansichten aus dem alten Wien und seiner Umgebung sowie aus niederösterreichischen Städten bilden den Hauptteil seiner Lebensarbeit, deren wichtigste in der Modernen Galerie, im Historischen Museum der Stadt Wien und im Krahuletz-Museum in Eggenburg vertreten sind.

Auslandsdelegierte des Zahnärztekongresses im Rathaus  
=====20 Schulzahnkliniken der Gemeinde Wien

22. September (Rath.Korr.) Die in- und ausländischen Delegierten des Internationalen Zahnärztekongresses, die aus Anlaß des 90jährigen Bestandes des Vereines Österreichischer Zahnärzte nach Wien gekommen sind, wurden gestern abend vom Bürgermeister Jonas und den Mitgliedern des Stadtsenates im Rathaus empfangen.

Bürgermeister Jonas begrüßte die Gäste im Namen der Stadtverwaltung und dankte dem Verein Österreichischer Zahnärzte, daß er diesen Kongreß nach Wien eingeladen hat. Bürgermeister Jonas benützte die Gelegenheit, um auf die Schulzahnkliniken der Gemeinde Wien, eine wichtige soziale Einrichtung, hinzuweisen. Er unterstrich, daß die im letzten Kriegsjahr schwer beschädigten Kliniken wieder instandgesetzt werden konnten. Zwei dieser Kliniken, in Floridsdorf und in Döbling, die bei Fliegerangriffen total zerstört wurden, haben den Betrieb wieder aufgenommen, ebenso die beschädigten Schulzahnkliniken in Meidling, Simmering, Margareten, Favoriten und Währing. Insgesamt sind derzeit wieder 35 Fachärzte für Zahnheilkunde in den 20 Schulzahnkliniken beschäftigt. Fast alle dieser Kliniken haben außer Ordinationsräumen auch Warteräume für Begleitpersonen und die anderen notwendigen Nebenräume.

Im Schuljahr 1950/51 wurden in den städtischen Schulzahnkliniken von 146.000 schulpflichtigen Schulkindern 94.000 untersucht und nachher entweder in der Schulzahnklinik behandelt oder an ihren Kassen- oder Privatarzt gewiesen. In den Schulzahnkliniken wurden rund 26.000 Kinder behandelt. Im vergangenen Schuljahr wurde auch 116.000 Wiener Schulkindern der sogenannte Zahnbürstenunterricht erteilt.

Bürgermeister Jonas schloß mit den besten Wünschen für den jubilierenden Verein und gab der Hoffnung Ausdruck, die Zahnärzte mögen recht bald wieder in Wien zusammenkommen.

Namens der Gäste dankte Professor Dr. Driak dem Bürgermeister für den herzlichen Empfang im Wiener Rathaus.

•

Heute Eröffnung der Siedlung Hirschstetten  
=====

22. September (Rath.Korr.) Die Siedlung Hirschstetten, die heute offiziell eröffnet wird, ist mit ihren 347 Wohnungen eine der größten städtischen Siedlungsanlagen der Nachkriegszeit. Der von der Architektengemeinschaft Dietrich, Omasta, Samma und Zügner entworfene Bau breitet sich entlang der Quadenstraße auf einem 104.000 Quadratmeter großen Areal aus und besteht aus Siedlungshäusern und Mehrfamilienhäusern. Tatsächlich verbaut wurden nur etwa 17 Prozent. Der größte Teil der Wohnungen in den Siedlungshäusern hat eine Wohn- und Nutzfläche von fast 90 Quadratmetern. 240 Wohnungen, die in den 60 Stiegenhäusern der Mehrfamilienobjekte untergebracht sind, haben ein Ausmaß von 61 Quadratmeter. In drei Stiegenhäusern sind 18 kleinere Wohnungen mit 40 Quadratmetern Wohn- und Nutzfläche untergebracht. Außerdem wurden in der Siedlung noch 7 Geschäftslokale, 6 Garagen und 5 Werkstätten errichtet. Die zu den Siedlungshäusern und Mehrfamilienhäusern gehörenden Nutzgärten sind durchschnittlich 150 bis 200 Quadratmeter groß und haben je einen Geräteschuppen.

Die Baukosten in Hirschstetten betragen je Wohnung durchschnittlich 76.000 S. Insgesamt waren rund 27,5 Millionen Schilling erforderlich.

Während der zweijährigen Baudauer wurden bei einem durchschnittlichen Arbeiterstand von 240 Mann, 230.000 Arbeitsschichten geleistet. Mit einem Stand von 160 Bauarbeitern konnten auch in der Wintersaison die Arbeiten fortgesetzt werden.

Außer 1,700.000 Stück Mauerziegeln, 270.000 Stück Dachziegeln und 568.000 Stück Vibrosteinen wurden noch beträchtliche Mengen von weiteren Baumaterialien gebraucht, so z.B. 3.000 t Zement, 1200 t Kalk, 340 t Gips, 2.000 m<sup>3</sup> Holz usw.

Den Bericht über die Eröffnungsfeier bringt die "Rathaus-Korrespondenz" in ihrer Abendausgabe.

Urlaub in Wien  
=====Besichtigung der Glockengießerei Josef Pfundner und  
kultureller Spaziergang über den Ring

22. September (Rath.Korr.) Montag, den 24. September:

1.) Besichtigung der Glockengießerei Josef Pfundner, verbunden mit der Vorführung eines Filmes über neuzeitliche Glockengießmethoden. Führer: Dipl.Ing. J.Pfundner. Zusammenkunft um 18 Uhr Endstation der Linie 66 Troststraße.

2.) Kultureller Spaziergang über den Ring. Besichtigung der Festräume der Universität und der Votivkirche. Führer: Prof.Dr.Eisenbeiser, Zusammenkunft um 18 Uhr vor der Rampe der Universität am Ring.

Dienstag, den 25. September: Wiens größtes Bauwerk, der Westbahnhof, vor der Fertigstellung; verbunden mit einem Lichtbildvortrag über die Entwicklung und Planung des Bahnhofes. Führer: die Bauleiter des Westbahnhofes. Zusammenkunft um 17.30 Uhr, Ecke Gerstnergasse und Mariahilfer Straße.

Pferdemarkt vom 21. September  
=====

22. September (Rath.Korr.) Aufgetrieben wurden 54 Schlächterpferde, Summe 54. Bezahlt wurde für 1 Kilogramm Lebendgewicht: Bankvieh Ia 5.50 S, IIa 4.70 S, Fohlen 5.70 S. Alle Preise plus saisonbedingtem Aufschlag. Der Marktverkehr für Schlächterpferde war ruhig.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 1, Steiermark 20. Ausland: Jugoslawien 33.

### 70. Geburtstag von Professor Dachs

=====

22. September (Rath.Korr.) Am 23. September feiert der Pianist Prof. Oskar Dachs seinen 70. Geburtstag.

Als hervorragender Klavierbegleiter vieler Sänger von Rang seit langem geschätzt, hat sich Prof. Dachs auch als Virtuose mit eigenem Konzertprogramm einen Namen gemacht. Der Amtsführende Stadtrat für Kultur und Volksbildung Hans Mandl suchte den Künstler anlässlich seines Festtages in seiner Wohnung auf, um ihm namens der Stadt Wien die herzlichsten Glückwünsche auszusprechen und ihm für sein besonderes künstlerisches Wirken zu danken.

### Zur Bilanz des Landwirtschaftsbetriebes

=====

22. September (Rath.Korr.) Im gestrigen Gemeinderatsbericht über die Bilanz des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien soll es auf Blatt 1700 der Rathaus-Korrespondenz in den Zeilen 18 bis 21 richtig heißen: In Verhandlungen mit dem Finanzreferenten konnte eine Erhöhung des Kapitals von 3 Millionen auf 5 Millionen Schilling erreicht werden. Eine Aufwertung des Pachtzinses an Domänenverwaltung des Bundes erscheint nicht vermeidbar.

### Festliche Eröffnung der Siedlungsanlage in Hirschstetten

=====

Vizebürgermeister Honay: Wien fordert einen gerechten Anteil aus den gemeinschaftlichen Abgaben

22. September (Rath.Korr.) Heute nachmittag wurde in Hirschstetten die neue städtische Siedlungsanlage der Stadt Wien eröffnet. Vor einem Mehrfamilienhaus, dessen Vorderfront ein wuchtiges Freskobildnis des Bauernführers Hans Kudlich schmückt, versammelten sich viele Ehrengäste, unter ihnen der Präsident des Nationalrates, Leopold Kunschak, Vizebürgermeister Honay, die Stadträte Koci, Mandl, Thaller und eine große Anzahl von Nationalräten, Bundesräten, Gemeinderäten und Bezirksvorstehern. Die Ehrengäste sowie die Bewohner der Siedlungsanlage wurden durch Bezirksvorsteher Horacek herzlich begrüßt.

Stadtrat Thaller verwies in seiner Ansprache auf die bemer-



kenswerten Leistungen, die beim Bau dieser zweitgrößten Siedlungsanlage, die die Stadt Wien in der Nachkriegszeit errichtet hat, vollbracht wurden. (Siehe Blatt 1715) und benützte diese Gelegenheit um den Architekten sowie den Baufirmen und deren Arbeitern für ihre Arbeit den Dank auszusprechen. Stadtrat Thaller streifte dann die Frage der Aufschließungskosten von Baugründen am Stadtrand Wiens, die bekanntlich <sup>einen</sup> beträchtlichen Aufwand erfordern und die Stadtverwaltung zwingen, vorerst vorhandene Baumöglichkeiten im Stadtgebiet auszunützen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich die wirtschaftliche Lage in absehbarer Zeit so weit bessern werde, daß die Stadtverwaltung den Bau von Siedlungen wieder in größeren Umfange aufnehmen kann.

In die Siedlung Hirschstetten, wie dann Stadtrat Koci in seiner Rede ausführte, wurden überwiegend die bedürftigsten Wohnungssuchenden eingewiesen. In die Siedlung Hirschstetten wurden 16 Familien aus einsturzunggefährdeten Wohnhäusern, 41 Obdachlose, 120 besonders bedürftige Wohnungssuchende, 78 mit Qualifikation I, unter ihnen meist Ausgebombte, 83 Wohnungssuchende, die durch Überbelag ihrer Wohnungen oder durch Krankheitsfälle gefährdet waren, eingewiesen. Berücksichtigt wurden auch kinderreiche Familien. In Hirschstetten wohnen 901 Erwachsene und 661 Kinder. Stadtrat Koci erklärte, daß die Stadtverwaltung auch weiterhin wohnungssuchende Familien mit mehreren Kindern besonders berücksichtigen will, getreu dem Grundsatz, daß nur in gesunden Wohnungen eine glückliche Generation herangezogen werden kann. Er wandte sich dann an die Mieter in Hirschstetten mit der Bitte, sie mögen sich stets bewußt sein, daß ihre schönen Heime aus Steuergeldern aller Bewohner Wiens errichtet werden konnten. Sie mögen daher ihre Wohnungen in gutem Zustand erhalten und so der Öffentlichkeit den Beweis liefern, daß die Stadtverwaltung diese Wohnungen keinen Unwürdigen zugewiesen hat.

In Vertretung des Bürgermeisters sprach dann Vizebürgermeister Honay. Er führte u.a. aus: "Der Nationalrat hat am Freitag ein Gesetz beschlossen, das ohne wirtschaftliche Schwächung der breiten Massen die Mittel sichern soll, die notwendig sind, um den Verfall der alten Wohnhäuser zu verhindern. Es ist dies eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Durch dieses Gesetz wird aber keineswegs der Bau von neuen Wohnungen ermöglicht. Daher muß die

soziale Wohnbautätigkeit der Gemeinde fortgesetzt werden. Dazu sind große Summen erforderlich. Im Durchschnitt kostet der Bau einer Wohnung rund 70.000 Schilling. Die Sozialisten in der Gemeinde werden unter allen Umständen ihr Wahlversprechen einhalten. Um die versprochenen 5.000 Wohnungen jährlich herzustellen, sind also rund 350 Millionen Schilling erforderlich. Das eigene Steueraufkommen reicht nicht aus, um alle sozialen Aufgaben erfüllen zu können. Der Gemeindeverwaltung muß aus den gemeinschaftlichen Abgaben der gerechte Anteil gesichert werden. Ende dieses Jahres verliert das geltende Abgabenteilungsgesetz seine Geltung und in Kürze werden die Länder und Gemeinden mit dem Bund über das neue Finanzausgleichsgesetz verhandeln. Wien als das Herzstück der Republik muß einen Anteil an den gemeinschaftlichen Abgaben erhalten, der seiner Stellung im Staate entspricht. Schon jetzt müsse mit allen Nachdruck darauf aufmerksam gemacht werden, daß jede Verschlechterung auf stärksten Widerstand stoßen wird. Wer Wien schädigt, begeht eine Sünde am Gesamtstaat. Jeder Schilling der Wien entzogen wird, bedeutet Einschränkung der sozialen Wohnbautätigkeit und damit Vermehrung der Wohnungsnot, Verhinderung der Vollbeschäftigung und damit soziale Unruhe. Jede finanzielle Schädigung Wiens muß auch zur Einschränkung der sozialen Fürsorge und kulturellen Einrichtungen führen!" (Starker Beifall).

Vizebürgermeister Honay appellierte an alle verantwortlichen Kreise der Stadt Wien, die Mittel zu sichern, die es benötigt um seine sozialen Verpflichtungen voll erfüllen zu können. Den Mitern in der prächtigen Siedlungsanlage wünschte er Sicherung von Arbeit, Brot und Frieden.